Ernennungen, Versetzungen rc. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereiche der Generaldirektion der Königl. Sammlungen. In den Ruhestand versetzt: Aufseher Ernst Lang.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums der Finanzen. Verwaltung der indirekten Abgaben. Angestellt: Der Zollakzessist Zollpraktikant Ulbricht als Zollaufseher, die Grenzaufseher a. Pr. Böhringer und Weber, die Wachtmeister Baumgarten und Friebe, der Vizefeldwebel Szymanski und der Vizewachtmeister Block als Grenzaufseher. — Befördert: Die Zollassistenten Adler in Dresden II zum Zollsekretär in Voitersreuth, Schmidt in Plauen zum Zollsekretär daselbst, die Zollaufseher Zollpraktikant Baumgärtel in Bodenbach zum Zollassistenten in Dresden II, Hofmann in Bautzen zum Zollassistenten in Wurzen, Kästner in Tetschen zum Zollassistenten in Dresden II, Zollpraktikant Renner in Voitersreuth zum Zollassistenten daselbst, Zollpraktikant Schultze in Voitersreuth zum Zollassistenten in Plauen, Obergrenzaufseher Knape in Rechenberg-Bienenmühle zum Nebenzolleinnehmer in Oberwiesenthal, die Steueraufseher User in Siegmar zum Nebenzolleinnehmer in Ebmath, Zschöck in Colditz zum Obergrenzaufseher in Rechenberg-Bienenmühle, die Amtsdiener Mildebrath in Bodenbach zum Grenzaufseher in Langburkersdorf, Stöckel in Zittau zum Grenzaufseher in Weigsdorf und Uhlig in Riesa zum Grenzaufseher in Johstadt. — Versetzt: Die juristischen Hilfsarbeiter Finanzassessor Dr. jur. Berger in Leipzig II als juristischer Hilfsarbeiter nach Leipzig I, Finanzassessor, Finanzassessor Dr. jur. Zeißig in Leipzig I als juristischer Hilfsarbeiter nach Leipzig II, Finanzassessor, Zollsekretär Seymer in Plauen als Zollsekretär nach Leipzig I, die Zollassistenten Falke in Dresden II als Zollassistent zur Generalzolldirektion, Holnick in Wurzen als Oberkontrollassistent nach Bautzen, die Nebenzolleinnehmer Heinze in Grünthal als Nebenzolleinnehmer nach Dahlen, Rüssel in Kühnhaide als Nebenzolleinnehmer nach Olsnitz, die Zollaufseher Conrad in Plauen als Schlachtsteuereinnehmer nach Reichenbach, Frühauf in Bodenbach als Zollaufseher nach Leipzig I, Steuer in Schandau als Zollaufseher nach Bautzen, Ziegler in Moldau als Zollaufseher nach Zittau, die Steueraufseher Jochmann in Löbau als Zollaufseher nach Warnsdorf, Langer in Naundorf als Zollaufseher nach Plauen, Merseburg in Dresden I als Zollaufseher nach Dresden I, die Grenzaufseher Geßner in Reitzenhain als Steueraufseher nach Auerbach, Heinzig in Neusalza als Steueraufseher nach Colditz, Kaschitzky in Waltersdorf als Steueraufseher nach Löbau, Kästner in Rechenberg als Steueraufseher nach Dresden I, Körner in Rebersreuth als Steueraufseher nach Naundorf, Miczynsky in Schandau als Steueraufseher nach Siegmar, Falland in Rosenthal als Grenzaufseher nach Cunnersdorf, Glauch in Schönberg als Grenzaufseher nach Rebersreuth, die Amtsdiener Bock in Leipzig I als Amtsdiener nach Riesa, Friedrich in Leipzig I als Amtsdiener nach Zittau, Hammer in Leipzig I als Amtsdiener nach Riesa und Jenzsch in Leipzig I als Amtsdiener nach Chemnitz. — Pensioniert: Oberzollrevisor Kühne in Zittau, Zollsekretär Bech in Leipzig I, Oberkontrollassistent Hillert in Bautzen, die Nebenzolleinnehmer Jahn in Brambach, Pfeifer gen. Müller in Zittau, Sachse in Olsnitz, Streit in Dahlen, Wich in Sayda, Schlachtsteuereinnehmer Zierenz in Reichenbach und Amtsdiener Gutschling in Chemnitz. — Gestorben: Zollaufseher Barth in Riesa.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Innern. Entlassen auf Ansuchen: Regierungsassessor Dr. Schramm bei dem Stenographischen Landesamte. — Angestellt: Der Geschäftsführer des Deutschen Stenographen-Bundes und 1. Stellvertreter des Bundesvorsitzenden Dr. Bode als Regierungsassessor bei dem Stenographischen Landesamte, der Assessor bei der Amtshauptmannschaft Zwickau Teichmann als Regierungsassessor bei der Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen; die Diätisten Meyer bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, Schuster bei der Amtshauptmannschaft Zwickau, Kayser bei der Amtshauptmannschaft Borna, der Militäranwärter Graf bei der Amtshauptmannschaft Bautzen als Expedienten; die Militäranwärter Börner als Wächter für das gemeinschaftliche Ministerialgebäude zu Dresden-Neustadt, Hagel als Bureaudiener bei der Amtshauptmannschaft Annaberg. — Pensioniert: Obersekretär Kanzleirat Heschke bei der Amtshauptmannschaft Marienberg; Bureaudiener Nietzold bei der Kreishauptmannschaft Dresden. — Befördert: Sekretär Peucker bei der Amtshauptmannschaft Glauchau zum Obersekretär, Bureauassistent Haupt bei der Amtshauptmannschaft Leipzig zum Sekretär, Expedient Hiller bei der amtshauptmannschaftlichen Delegation Sayda zum Bureauassistenten. — Versetzt: Die Bureauassistenten Brückner von der Amtshauptmannschaft Oschatz zur Amtshauptmannschaft Löbau, Starke von der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg zur Amtshauptmannschaft Plauen, Pombach von der Amtshauptmannschaft Zwickau zur Amtshauptmannschaft Marienberg; die Expedienten Barthel von der Amtshauptmannschaft Borna zum Oberversicherungsamte Bautzen, Kästner von der Ministerialkanzlei zur Amtshauptmannschaft Großenhain; Bureaudiener Pietsch von der Amtshauptmannschaft Marienberg zur Kreishauptmannschaft Dresden.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Ankündigungsteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königlichen Hofe.

Dresden, 30. September. Se. Königl. Hoheit der Prinz Max ist heute früh 5 Uhr 26 Min. in Dresden eingetroffen und hat im Prinzlichen Palais auf der Zinzendorfstraße Wohnung genommen.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Johann Georg war zum Empfang auf dem Hauptbahnhof erschienen.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Dem Vernehmen nach ist der Geh. Legationsrat Königl. Kammerherr v. Stieglitz für den zur Erledigung kommenden Posten eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers an den Thüringischen Höfen in Aussicht genommen.

Vom 1. Oktober d. J. ab ist dem Vortragenden Rate Geh. Regierungsrat Schlippe im Ministerium des Innern der Vorsitz im Obereichungsamte und dem Vortragenden Rate Geh. Regierungsrate Dr. Lanzsch im Ministerium des Innern die Stelle als Mitglied des Obereichungsamtes übertragen worden.

— Das Mitglied des Technischen Oberprüfungsamtes Geh. Baurat Schönieber ist für die Zeit vom 1. Oktober ab zum Stellvertreter des Präsidenten des Technischen Oberprüfungsamtes ernannt worden.

— Auf Veranlassung des Justizministeriums sollen im Winterhalbjahr 1913/14 für die sächsischen Richter, Staatsanwälte, Gerichtsassessoren und die im Vorbereitungsdienste befindlichen Referendare die nachverzeichneten neun Vorträge aus den Gebieten des Rechtes, der Volkswirtschaft, der Baukunst, der gerichtlichen Medizin und der Technik gehalten werden und zwar die Vorträge 1, 2, 4, 5, 6 und 9 im großen Schwurgerichtssaale des Landgerichts Dresden, Pillnitzer Straße 41, Erdgeschoß, der Vortrag 3 in der Aula der Technischen Hochschule zu Dresden, Bismarckplatz 18, und die Vorträge 7 und 8 im großen Hörsaale des Elektrotechnischen Instituts der Technischen Hochschule zu Dresden, Helmholtzstraße 9. Die Vorträge sind für die Besucher kostenfrei. Sie finden Sonnabends abends von ½7 bis gegen 8 Uhr statt und werden in nachstehender Reihenfolge gehalten:

1913

1. 25. Okt. Se. Exz. Hr. Wirkl. Geh. Rat Prof. a. D. DrDr. Binding: Die Rechtskraft im Strafverfahren und ihr Verhältnis zur Wiederaufnahme insbesondere;

2. 15. Nov. Hr. Dr. phil. Schacht, stellvertretender Direktor der Dresdner Bank in Berlin: Technik und Einrichtungen der Fondsbörse;

3. 6. Dez. Hr. Geh. Rat Dr.-Ing. Waldow: Der Geist der modernen Bautechnik und Baukunst;

4. 20. Dez. Hr. Prof. Dr. Kockel: Mitteilungen aus der Sachverständigenpraxis.

1914

5. 17. Jan. und 6. 24. Jan. Se. Exz. Hr. Wirkl. Geh. Rat Prof. DDr. Wach: Die Reform der Zivilprozeßordnung;

7. 21. Febr. und 8. 28. Febr. Hr. Prof. Kübler: Elektrische Vollbahnen;

9. 21. März. Hr. Geh. Rat Prof. Dr. Mitteis: Abstrakte Schuldversprechen und Schuldumänderung im heutigen bürgerlichen Recht.

— Für den Bereich der Arbeiterversicherung fehlte es bisher an einer einheitlichen Regelung für die Vermittlung des Angebots und der Nachfrage hinsichtlich der Beschäftigung im Geschäftsbetriebe der Versicherungsträger. Nachdem durch die Errichtung von allgemeinen Ortskrankenkassen und von Landkrankenkassen die Nachfrage nach geeigneten Arbeitskräften für die Kassenverwaltung wesentlich gesteigert worden ist, ist das Bedürfnis nach einer Vermittlungsstelle stärker in den Vordergrund getreten. Es ist infolgedessen das Königl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin in Charlottenburg, Berliner Straße Nr. 1, beauftragt worden, einen Stellenanzeiger für die Arbeiterversicherung herauszugeben, der zunächst als Beilage des preußischen Ministerialblattes der Handels- und Gewerbeverwaltung erscheinen wird. In dem Anzeiger sollen alle Stellengesuche und Stellenangebote veröffentlicht werden, die sich auf die Beschäftigung im Geschäftsbetriebe von Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und von Versicherungsämtern beziehen, soweit es sich nicht um Stellen handelt, für deren Besetzung nur Beamte in Frage kommen. Alle Gesuche um Aufnahme von Anzeigen sind ausschließlich an das genannte Oberversicherungsamt zu richten. Die Drucklegung ist der Firma Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8, übertragen, an die alle Anfragen wegen Bezugs des Blattes zu richten sind. Der Preis für die Veröffentlichung eines Stellenangebots beträgt für die 48 mm breite Zeile 25 Pf., während der Preis bei Stellengesuchen nur 10 Pf. beträgt. Die entstehenden Kosten werden von der Firma Carl Heymanns Verlag berechnet und eingezogen. Alle Geldsendungen sind dorthin zu richten. Gegen Einsendung von 10 Pf. wird jede Nummer des Anzeigers den Beteiligten postfrei zugesandt. Die Krankenkassen und die Versicherungsämter seien auf das Erscheinen des Stellenanzeigers aufmerksam gemacht.

Pferdeversicherung.

In der am 29. September in dem Sitzungszimmer der Königl. Brandversicherungskammer in Dresden stattgefundenen Sitzung des Verwaltungsausschusses der Anstalt für staatliche Viehversicherung wurde dem Bericht über das erste die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1913 umfassende Geschäftsjahr zugestimmt. Aus ihm ist zu ersehen, daß die Zahl der dem Rückversicherungsverbande beigetretenen Vereine bis zum Schlusse des Geschäftsjahres von 8 auf 13 gestiegen und die Zahl der versicherten Tiere sich fast verdoppelt hat. Entschädigung zu gewähren war in 33 Fällen, wofür vom Rückversicherungsverband insgesamt 10 138,26 M. aufzuwenden waren. Die auf den Einheitensatz entfallende Umlage wurde auf 32,72 Pf. festgesetzt. Entsprechend den von der Mehrheit der Vereine ausgesprochenen Wünschen wird beschlossen, das Königl. Ministerium des Innern um eine Abänderung der Verordnung über die Einrichtung einer staatlichen Pferdeversicherung vom 29. Januar 1909 dahin zu ersuchen, daß eine Abkürzung der für den Beginn der Entschädigungspflicht festgesetzten Wartezeiten eintritt. Weitere Mitteilungen ließen erkennen, daß das Interesse für die Versicherung der in den letzten Jahren erheblich im Preise gestiegenen Pferde im Wachsen begriffen und damit auch auf eine weitere gedeihliche Entwicklung der staatlichen Pferdeversicherung zu rechnen sein wird.

Deutsches Reich.

Die Verhandlungen über die Bagdadbahn.

Berlin, 29. September. Der „Tag" erfährt, daß sich die Unterhandlungen über einige Hauptpunkte der Bagdadbahnfrage nunmehr ihrem Ende nähern. Soviel das Blatt ermitteln konnte, zerfallen die Unterhandlungen in fünf Hauptteile und zwar:

1. Die Unterhandlungen zwischen der Türkei und der britischen Regierung, über die Regelung der Besitzverhältnisse im Persischen Meerbusen und den Ausbau der Bagdadbahn von Bassora nach Kueit;

2. die Unterhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei, und

3. zwischen Deutschland und England, beide die Zustimmung der deutschen Regierung und der deutschen Finanzgruppen betreffend, da die Bagdadbahngesellschaft das Vorrecht auf den Ausbau der Bahn bis zum Persischen Golf besitzt und daher irgendwelche englisch-türkischen Abmachungen der deutschen Zustimmung unterliegen.

4. Unterhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung zu dem Zweck, ein harmonisches Zusammenarbeiten der deutschen und französischen Konzessionsgruppen in Kleinasien und Syrien herbeizuführen und schließlich

5. direkte Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Finanzgruppen, die sich auf etwaige Überlassung gewisser Seitenlinien, für welche die anatolischen Bahnen und die Bagdadbahn das Vorrecht besitzen, an die französischen Interessenten beziehen, sowie auf Übernahme gewisser Posten von Bagdadanteilen, die sich in den Händen der Ottomanbank befinden, durch die deutschen Interessenten.

Bayerische Kammer.

Die erste Sitzung. — Der Etat.

München, 29. September. In der heutigen ersten Sitzung der Kammer legte der Finanzminister, bevor er die Budgets für 1914 und 1915 einbrachte, die Rechnungsnachweisungen für 1910 und 1911 des ordentlichen Budgets vor. Beide Jahre schlossen mit einem verfügbaren Überschuß von 33 232 989 M. bei der Eisenbahnverwaltung und von 1 354 258 M. im allgemeinen Staatshaushalt ab. Der Überschuß bei der Eisenbahnverwaltung ermöglichte die Aufstellung des Ausgleichsfonds mit 20 Mill. zur Deckung des auf die Eisenbahnverwaltung entfallenden Fehlbetrages aus den Jahren 1908 und 1909 und die Verwendung von 6½ Mill. zur Schuldentilgung. Der Überschuß im allgemeinen Staatshaushaltsetat wurde ebenfalls zur Deckung des Fehlbetrages aus den Jahren 1908 und 1909 verwendet. Die Rechnungsnachweisungen über das außerordentliche Budget stellen aus den Überschüssen früherer Finanzperioden für 1914 und 1915 nur 132 422 M. zur Verfügung.

Über das Rechnungsergebnis für 1912/13 teilte der Finanzminister mit, daß die Eisenbahnverwaltung im Jahre 1912 einen Überschuß von 13 436 053 M. ergeben habe, daß aber 1913 ein Rückgang der Einnahmen eingetreten sei. Das Ergebnis für die Gesamtperiode lasse sich noch nicht absehen. In der Post- und Telegraphenverwaltung müsse mit einem Ausfall von 1 bis 1½ Mill. für beide Jahre zusammen gerechnet werden, dagegen sei bei der Staatsforstverwaltung eine Mehreinnahme von 7 bis 8 Mill., bei den Berg-, Hütten- und Salzwerken von 1 Mill. für die Finanzperiode zu erwarten, während beim Etat der Zölle und indirekten Steuern für die Finanzperiode ein Ausfall von 2½ bis 3 Mill., beim Etat der direkten Steuern ein solcher von ungefähr 1½ Mill. zu befürchten sei. Im ganzen dürfte in der Finanzperiode 1912 und 1913 nur ein kleiner Überschuß des allgemeinen Staatshaushalts zu erwarten sein.

Bei der Einbringung des Budgets für 1914/15 wies der Finanzminister auf die Einwirkung der letzten Reichsfinanzreform hin, die für Bayern eine jährlichen Ausfall von ungefähr 2 Mill. bedeute. Bei der Aufstellung des Budgets, das mehrfach eine andere Gruppierung aufweise, um eine größere Übersichtlichkeit und Anpassungsmöglichkeit an die kaufmännische Buchführung zu bringen, sei grundsätzlich für die Anleihen der allgemeinen Staatsschuld nicht nur der Zinsbetrag, sondern auch die Amortisationsquote in die Etats der beteiligten Verwaltungen eingestellt worden, um einem zu weit gehenden Anwachsen der Staatsschuld vorzubeugen. Materiell sei die Aufstellung des Budgets mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten verknüpft gewesen. Ein Ausgleich habe nur durch Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer vom 1. Januar 1914 ab und Erhebung der vom Reich freigegebenen 50 Prz. Zuwachssteuer geschaffen werden können. Eine weitere Steigerung der Einnahmen solle die Umgestaltung der Gebührengesetzgebung bringen; die betreffenden Gesetzentwürfe würden dem Landtag voraussichtlich noch vor Weihnachten zugehen. Die sich daraus ergebenden jährlichen Mehreinnahmen würden auf 3 Mill. M. geschätzt. Die Einnahmen der Staatseisenbahnen seien mit 333 347 400 M. (gegen die beiden Vorjahre ein Mehr von 24½ Mill. M.), die Ausgaben mit 322 624 500 M. veranschlagt. Der Überschuß von ungefähr 10¾ Mill. solle mit 3 Mill. an den allgemeinen Staatshaushalt, der Rest zum Ausgleich- und Tilgungsfonds abgeführt werden. Der Etat für Post und Telegraphen schließe bei 88 Mill. M. mit 15 Mill. M. Überschuß ab, von denen nach Abrechnung des Ausgleichungsbetrages ein Rest von eine Mill. M. für allgemeine Staatszwecke bleibe. Sämtliche 10 Staatsverwaltungsetats wiesen eine Steigerung der Ausgaben von rund 12 863 000 M. auf. Im Etat des Königl. Hauses und Hofes, der mit einer Mehrausgabe von 1 068 956 M. abschließe, sei die Zivilliste auf 5 400 000 M. vom 1. Januar festgesetzt. Beim Etat der Staatsschuld wies der Minister darauf hin, daß für alle Anleihen bis 1912 neben dem Zinsbetrag eine anderthalbprozentige Tilgung durchgesetzt sei, so daß 1944 und 1945 diese Schulden vollständig getilgt sein würden. Zum Schluß gab der Minister eine allgemeine Übersicht über die Steigerung der Staatsverwaltungsausgaben seit 1870 und knüpfte daran die eindringliche Warnung vor weiteren Belastungen des Budgets, die bei der Schwierigkeit, neue belangreiche Einnahmequellen zu erschließen, und bei der Erschöpfung aller Reserven in der Hauptsache nur durch direkte Steuern ausgeglichen werden könnten.

Kleine politische Nachrichten.

Cöln, 29. September. Ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung" stellt fest, daß die Meldung auswärtiger Blätter, der Kaiser habe eine Einladung zur Teilnahme an den griechischen Manövern erhalten und werde sie wahrscheinlich annehmen, vollkommen erfunden ist.

Berlin, 30. September. Bei den Gemeinderatswahlen im Großherzogtum Hessen erlitten die Sozialdemokraten bemerkenswerte Niederlagen. So siegten in Bad Vilbel die Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien über die Sozialdemokratie. Diese, die bisher im Gemeinderate die Mehrheit hatten, sinken auf vier Vertreter, die Bürgerlichen zählen elf. In Neu-Isenburg verloren die Sozialdemokraten drei Mandate an die bürgerlichen Parteien.

Koloniales.

Die Ermordung eines deutschen Arztes in Neukamerun.

Hanau, 29. September. Über die schon vor längerer Zeit gemeldete Ermordung des deutschen Regierungsarztes Dr. Houy, eines Teilnehmers der Grenzexpedition in Neukamerun, ist jetzt bei den Angehörigen des Ermordeten von dem Führer der Expedition Hauptmann Bartsch im Reichskolonialamt Bericht erstattet worden.

Nach diesem Bericht war Dr. Houy mit seinen Kollegen am 21. Juni in dem Dorfe Lau am Limbach eingetroffen. Während